## Protest mit 50.000 Postkarten

Aktion gegen den Lehrermangel

ht

Nord

Nord

endan-ERS/OBS

i nicht in der eteam iniger m Gena beengesundnalige

der als ktorin beaufsider" en von Fernh das chsen ht des iteresnkanschuss cht zu s über ern für n worHannover. Mehr als 50.000 Protestpostkarten von gut 50 Schulen landesweit haben Elternvertreter von der Initiative Unterrichtsversorgung am Donnerstag mit Lastenrädern zum Kultusministerium in Hannover transportiert und an Kultus-Staatssekretärin Gaby Willamowius überge-

"Ich hatte seit fünf Jahren keinen Kunstunterricht" steht auf einer Postkarte, "Ganztag sollte länger als halbtags sein" oder "Ausfall ist der Regelfall" - mit der Aktion protestieren Eltern und Schüler gegen den Lehrkräftemangel und die schlechte Unterrichtsversorgung in Niedersachsen. Schüler berichten, dass sie jahrelang keinen Chemie- oder Physikunterricht hatten, weil Fachlehrer fehlten. Sie bemängeln Unterrichtsausfälle von 15 Wochenstunden und die Zusammenlegung von Lerngruppen aus Personalnot.

"Das Thema muss endlich Chefsache werden", sagt Elke Schwägerl von der Integrierten Gesamtschule (IGS) Linden in Hannover. Diverse Landesregierungen hätten sich in den vergangenen Jahren nicht genügend um Lehrkräftegewinnung gekümmert.

Entstanden war die Idee für die Postkartenaktion an der IGS Linden, wurde aber schnell von anderen Schulen aufgegriffen. Denn Unterrichtsausfall, weil Pädagogen fehlen, ist schulformübergreifend seit Langem ein Dauerproblem.

Das Problem werde bleiben, auch wenn der Kultusminister wechseln sollte, sind die Elternvertreter überzeugt. Auf einigen Postkarten sei ausdrücklich vermerkt worden, dass Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) sie bitte an seinen etwaigen Nachfolger oder seine Nachfolgerin übergeben möge, erzählen sie. Die Postkarten drückten aber den Frust der Schüler und die Sorgen der Eltern aus, die sich durch das ganze Land zögen.

Den Vorwurf, das Thema Lehrermangel einfach ausgesessen zu haben, lässt Staatssekretärin Willamowius nicht auf sich sitzen. Seit Beginn der Legislaturperiode seien mehr als 3000 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt worden. Der Kultusetat sei deutlich erhöht worden - auf 7,7 Milliarden Euro. Man habe den Quereinstieg vereinfacht und die Schulsozialarbeit/ausgebaut. dö